

Dresdner Nachrichten

Meyer's Schlafrocke von 12 Mk. an
Joppen von 8 1/2 Mk. an
Dresdner Schlafrock-Fabrik von S. Meyer jun., Frauenstrasse 4 u. 5.

32. Jahrgang.
Auff. 44,000 Exempl.

Dresden, 1887.

Neueste Börsen-Telegramme.
Berlin, 1. November (Telegraph).
Wien, 1. Nov. (Telegraph).
Paris, 1. Nov. (Telegraph).
London, 1. Nov. (Telegraph).
New York, 1. Nov. (Telegraph).
Sankt Petersburg, 1. Nov. (Telegraph).
Konstantinopel, 1. Nov. (Telegraph).
Buenos Aires, 1. Nov. (Telegraph).
Santiago, 1. Nov. (Telegraph).
Lima, 1. Nov. (Telegraph).
Rio de Janeiro, 1. Nov. (Telegraph).
Bahia, 1. Nov. (Telegraph).
Buenos Aires, 1. Nov. (Telegraph).
Santiago, 1. Nov. (Telegraph).
Lima, 1. Nov. (Telegraph).
Rio de Janeiro, 1. Nov. (Telegraph).
Bahia, 1. Nov. (Telegraph).

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestraße No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 18.

MATTONI'S
GISSHÜBLER
Hauptlieferanten in Dresden:
MOHRENAPOTHEKE,
Pirnaischer Platz,
WEIS & HENKE,
Schlossstrasse 11,
KRONENAPOTHEKE,
Königsplatz.

Dr. Caro's Holzkohle-Biscuits
aus der Fabrik von F. Krietsch, Würzen. Die Kohle-Biscuits sind
durchaus wohlschmeckend, bieten ein verhältnissmäßig grosses, leicht
verdauliches Ernährungsmaterial für schwache Constitutionen, so dass man sagen
kann, es ist auf diese Weise eine intensiv nahrhafte Speise zusammengesetzt,
welche den doppelten Vortheil bietet, dass sie zugleich als Nahrungsmittel
gegen eine Reihe von Erkrankungen der Verdauungsorgane. Das 1/2 Kilogramm
kostet 1.75 und Meiner-Dücker, ca. 1/4 Kilogramm, 1.00 Pfg., in der
Königl. Hofapotheke am Georgenthor.

Prof. Dr. Jäger's Original-Normal-Leibwäsche empfiehlt Jean Schieme Nachf., Neustädter Rathaus.

Nr. 306. Spiegel: Stellung Russlands und Frankreichs zur Tripelallianz, der Wilsonkandidat, Vornachrichten, Vorgesellen- und Gefährsammlung, Stadtverordnetenwahlen, Coatssteuerung, Reunen des Großenhainer Clubs, Gerichtsverhandlungen, Operndirector Strang, **Wittwoch, 2. Novbr.**

Politisches.

Die „Verständigung zur Erhaltung des europäischen Friedens“, wie Crispien in seiner Turiner Rede das zwischen ihm und dem deutschen Kaiser in Friedrichsruhe erzielte Einverständnis nannte, ist aus dem Munde des österreichischen Kaisers in unumwundener Form bestätigt und bekräftigt worden. Nebenbei wo Bürgerkrieg und wahre Vaterlandsliebe aufrichtig eine möglichst lange Dauer des friedlichen Einvernehmens der europäischen Mächte begehrt, werden die Worte, die Kaiser Franz Joseph an die Delegationen richtete, einen freudigen Wiederhall finden. Zweimal hat der Monarch in seiner kurzen Ansprache der bestimmten Erwartung auf Erhaltung des Friedens Ausdruck gegeben. Nachdem er erklärt, dass die von seiner Regierung verfolgte Politik, welche die Erhaltung des Friedens und des Bestehens bestehender Rechtsgutstände anstrebt, nicht nur Anerkennung, sondern auch gewichtige Unterstützung finde, gab er seine Ansprache in der Annahme, dass die eifrigen Bemühungen und das enge Zusammenschließen der für die Erhaltung des Friedens eintretenden Mächte eine Störung desselben auf fernem hinterhalten werden. Diese Worte sind von solcher Klarheit, dass sie sich jeder Deutung entziehen. Um so gewichtiger sind dieselben, als sie nicht den geringsten Zweifel darüber zulassen, dass die österreichisch-ungarische Monarchie in festem Bündnis, nicht allein mit Deutschland, sondern auch mit Italien steht. Die Worte aus kaiserlichem Munde erhalten also die Bestätigung, dass der alte Frieß zwischen Oesterreich und Italien als völlig befestigt betrachtet wird, dass die gemeinschaftlichen Interessen beider Reiche die beide trennenden Fragen völlig zurückgedrängt haben. Auch die Worte des Kaisers über die Lage in Bulgarien klingen beruhigend. Er verließ der Hoffnung Ausdruck, dass die bulgarische Frage ihren lokalen Charakter bewahren und schließlich in einer Weise gelöst werden wird, welche die zulässigen Wünsche der Bulgaren mit den europäischen Verträgen und Interessen in Einklang bringt. Die Worte enthalten eine ganz unabweisende Friedensversicherung. Eine Aenderung der orientalischen Politik Oesterreichs ist aus denselben in keiner Weise zu folgern, dagegen kann man aus den kaiserlichen Worten die Erwartung herauslesen, dass Russland in Bulgarien die Dinge nicht auf die Spitze treiben wird.

Nicht ungenügend berührt von der Friedenspolitik des österreichischen Reiches wird man ausschließlich in Russland und Frankreich sein. Mit bestem Willen ist eine offizielle Anstufung des dem russischen Ministerium in der Angelegenheit der Tripelallianz eine Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse zu Ungunsten Russlands bedeutet. Als Eigenrecht gegen dieses Bündnis betrachtet das Blatt ein gemeinsames Handeln Russlands mit Frankreich in allen europäischen Fragen jedoch ohne formelle Allianz. Letztere sei nicht ratlos, weil Frankreich keine Garantie für eine Stabilität der Regierungsforn gewähre. Morgen könne die Herrschaft in die Hände eines abenteuerlustigen Nachfolgers gerathen, deshalb sei eine russisch-französische Verständigung von Fall zu Fall einer formellen Allianz vorzuziehen. Diese Auslassung bestätigt, trotz der empfohlenen Anlehnung an Frankreich, dass sich in Russland eine kühlere Temperatur gegen Frankreich geltend gemacht hat. Der Höhepunkt russisch-französischer Liebesdienerei ist jedenfalls überschritten, da man sich russischerseits mit der Frage zu beschäftigen beginnt, was bei einem russisch-französischen Bündnis herauskommen würde. Was kann Frankreich dem russischen Reiche bieten? Ueber diese Frage hofft man sich bisher mit nichtslagenenden Worten hinweg: heute stellt man sie schon ganz direkt, und besonders dürfte der Finanzminister, dem seine Veruche, in Paris eine Anleihe aufzunehmen, bisher mißglückt, Grund haben, die Antwort darauf unumwunden zu geben. Andererseits legt man sich die Frage vor: Was thut uns Deutschland? Bei ruhiger Stimmung bereitet die Beantwortung einige Verlegenheit. Dazu kommt die feste Ueberzeugung, dass Kaiser Wilhelm in der glücklichen Lage ist, sich Frankreich ohne großes Risiko Deutschlands geneigt zu machen. Das Vertrauen zu den so „aufrichtigen Sympathien“ Frankreichs für Russland muß doch nicht so sehr groß sein, wenn schon so schnell die Befürchtung die Oberhand gewinnt, im entscheidenden Moment würde die französische Freundschaft sich von ihrer unvortheilhaften Seite zeigen. Jedenfalls ist es Thatsache, dass in der russischen Gesellschaft und Presse wärmere Töne erklingen, sobald die Rede auf Deutschland kommt. Der Rath geborend, nicht dem eigenen Triebe, könnte man sagen. Doch gleichviel; genug, daß dem so ist.

Die neueste Kritik in Frankreich wird auch nicht dazu beigetragen haben, das erschütterte Vertrauen Russlands auf die Zuverlässigkeit der französischen Republik als Bundesgenossin wieder zu befestigen. Wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, scheint die Gefahr einer Präsidenten- oder Ministerkrisis allerdings vorläufig beseitigt zu sein. Präsident Grevy hat seine Ansichten über die gegen seinen Schwiegersohn Wilson beabsichtigte parlamentarische Untersuchung unklar geäußert. Während er anfangs erklärte, er werde die Einleitung dieser Untersuchung als eine gegen seine Person gerichtete Anklage aufassen und keine Entlassung geben, wünscht er neuerdings angeblich sogar die parlamentarische Untersuchung des Falles. Man sagt, Wilson habe selbst in ihn gedrungen, der Untersuchung kein Hinderniß zu bereiten. Für den Präsidenten ist die neueste Entscheidung entschieden nur vortheilhaft, denn hat Wilson tatsächlich die Vorrechte seines Schwiegersohns gemißbraucht, so fällt auch ein Schatten der Schuld auf Grevy, und die ablehnende Haltung desselben gegen die beabsichtigte Untersuchung konnte den Eindruck des Schuldbewusstseins machen. Auch das Ministerium hat keine Stellung geäußert. Es wird den auf Einsetzung einer Untersuchungskommission gerichteten Antrag nicht bekämpfen, sondern bei der Beratung der Kammer über denselben lediglich Vorbehalte machen in Betreff des Ganges der Untersuchung sowie ihrer Ausdehnung und der ihr zu gebenden Tragweite, endlich in Betreff

einer Verwirrung in den Kompetenzen, welche vermieden werden müßte. In den Kreisen der Abgeordneten scheinen sich die Ansichten gleichfalls, wenigstens theilweise, geändert zu haben. Die überwältigende Majorität, mit welcher die Kammer die Trümpflichkeit des Grevy'schen Antrags beschloß, hat ihre Entstehung wohl darauf zurückzuführen, daß eine große Anzahl gemäßigter-republikanischer Abgeordneter fürchtete, durch Ablehnung des Antrags sich den Anklagen der Mithuld zu geben und dadurch bei der Wahlfähigkeit zu diskreditieren. Der Terrorismus, den die radikale Presse auf die Abgeordneten anküßeln weiß, ist auch hier nicht ohne Wirkung geblieben. Nun vernehmen diese Abgeordnete, daß sie durch Annahme des Trümpflichkeitsantrags noch keineswegs sich verurtheilt sähen, auch für die Einsetzung der Untersuchungskommission zu stimmen. Wie den Radikalen, die anfangs mit Jubelgeschrei den von den Gegnern der Republik eingebrachten Antrag begrüßten, stellen sich allmählich Bedenken ein. Es werden sich schon deshalb hüten, den Scandal auf's Neue zu treiben, weil sie bei einer Unterbrechung Grevy's den Präsidenten nicht einem opportunistischen Gegner gönnen, der doch voranschreitlich zum Nachfolger Grevy's gewählt werden würde. Die gemäßigten Republikaner aber werden es aus politischer Klugheit zu vermeiden suchen, den monarchistischen Gegnern der Republik dadurch, daß sie einen auf die Erhaltung des Ansehens der gegenwärtigen Staatsform zielenden Antrag annehmen, einen Triumph zu bereiten, in einem Augenblick, wo der Graf von Paris seine Getreuen in Dordrecht versammelt hat und des Augenblicks gewärtig ist, welcher ihn auf den Thron zurückbringt, und Prinz Viktor Napoleon Frankreich an seine Vereinfachung erinnert, der Nation die Vererbung an das Volk, der Armee Glanz und Ruhm, den Arbeitern Wohlstand und Freiheit zu geben. So werden die Kammerverhandlungen über den in Frage stehenden Antrag voranschreitlich einen friedlicheren Verlauf nehmen, als man Anfangs erwarten konnte.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 1. Nov.

W e r l i n . Der Kaiser hatte insofern thematischer Weisungen auch gestern das Schlafzimmer nicht verlassen. Die vergangene Nacht war ruhiger, als die vorhergehende. Die Beförderung der Vorkämpfer. Der Kaiser hörte heute den Vortrag von Albrecht. In der Höhe waren durch Hochpostbriefe dem Kaiserreich Gerüchte über das Bestehen des Anleises und der Kaiserin verbreitet. Auf die Ermittlung des Abenders der Hochpostbriefe im 1/2 Uhr. Besondere Ansehung. — Der Kronprinz empfing heute in Bayern den Besuch des Königs von Italien. — Die „Kronzeitung“ schreibt: Durch die jegliche Beförderung der Verhältnisse erscheint es nunmehr in hohem Grade wahrscheinlich, daß der Graf die Heimreise über Deutschland machen und zu einem kurzen Besuch in Berlin einreisen werde. Ob der Gesundheitszustand des Reichstagspräsidenten diesem gefahrlos, bei dieser jedenfalls nur flüchtigen Begegnung mit unserem Kaiser gegenwärtig zu sein, scheint noch nicht feststehen. — Die Abreise der Czarenfamilie von Kopenhagen ist auf Sonntag den 12. November festgesetzt. — Die neue Reichstagskammer wird dem Reichstagen nach Donnerstag den 24. November eröffnet. Es verläuft, Preußen wollte bei dem Bundesrathe die Verdoppelung des Stimmzweckes verlangen. Wie es mit dem Beszweck gehalten werden soll, scheint noch nicht feststehen. — Der „Reichsanzeiger“ publizirt amtlich die Ernennung des bisherigen Generalkonsuls in Damaskus zum griechischen Hofe und des bisherigen Generalkonsuls in Sydney zum Ministerresidenten in Marokko. — Der erste Sekretär bei der deutschen Botschaft in London Baron Welfen erhielt das Kommandeurkreuz 1. Klasse des löchl. Albrechtsordens. — Der konservative Landtagsabgeordnete Cnag ist gestorben. — Der Reichskommisär Böhring meldete dem auswärtigen Amte die gestern erwähnten Goldmünze in Württemberg. Die „Kronzeitung“ kann die Goldmünze für ein Glück nicht ansehen. Dieselben führten zu örtlich begrenzter Anarchie, umsonst als der Reichskommisär in Damaskus zu ziemlich auf sich selbst angewiesen sei und weder über Polizeimacht, noch über Soldaten verfüge. — Das Reichsverordnungsamt erließ an die Provinzialverordnungsstellen ein Schreiben, worin denselben empfohlen wird, die geplante Ausstellung für Unfallversicherung durch Hinwirken auf rege Betheiligung möglichst fördern zu wollen. Insbesondere sollen diejenigen Firmen, welche bewährte Schutzvorrichtungen herstellen oder im Betriebe verwenden, zur Beschickung der Ausstellung angeregt werden, damit letztere für den ganzen vaterländischen Gewerbebetrieb thunlichst fruchtbringend werde. — Die brandenburgische Provinzialsynode nahm gestern Stellung gegen den Provinzialstaatsminister Achenbach, der sich gleichfalls gegen den provisorischen Eid aussprach, erklärte dabei, daß die Frage schon bei den zuständigen Instanzen im Laufe sei. — Der Reichstagspräsident hat den bekannten Artikel der „Nationalzeitung“ fast einstimmig einstimmig erklärt mit der Auffassung von Kandidaten zu den Stadtverordnetenwahlen in Gemeinschaft mit den Konservativen. — Vier der in Chicago zum Tode verurtheilten Anarchisten haben dem „Lageblatt“ zufolge Ansehung, vom Gouverneur von Illinois begnadigt zu werden, dagegen wird an Spieß, Engel und Wang die Todesstrafe wahrscheinlich vollzogen.

W a r s a u . Die deutsche Militärgerichtskommission, die in Sachen Kaufmann die Untersuchung führt, war gestern nach vorangegangener diplomatischer Verhandlung auf französischen Gebiete zur Verhaftung der Stelle, wo Brignon erschossen wurde.

W a r s a u . In Rajin, Gouvernment Rinsk, sind 350 Käufer, darunter ein großes Spirituslager und die Synagoge, niedergebrannt. Hundertundacht Familien sind obdachlos geworden und mehrere Menschen verbrannt.

B e r l i n e r B ö r s e . Die Erkrankung des Kaisers übte auf die Börse einen ungünstigen Einfluß. Hier lagen zahlreiche Verkaufsbefehle vor, welche die Course brachten. Bald brachten günstige Nachrichten über den Gesundheitszustand des Kaisers leichte Besserung der Gesammttendenz, doch trat später wieder auf ungünstige Gerüchte, die aufkommenden Börsenmärkte zurückzuführen sind, allgemeiner Courserückgang ein. Spekulative Danken waren von Anfang an mäßig und gaben Prozentweise nach. Ausländische Fonds waren anfangs ziemlich behauptet, wurden indes später sehr matt, besonders Russen. Oesterreichische Renten begannen schwach, konnten aber den niedrigeren Stand behaupten. Von deutschen Renten waren Ranzger und Mecklenburger fest. Vergewerke setzten auf die gestrige Deutoune wesentlich fester ein, ermittelten aber von Anfang an mäßig. Die Nachbörse war fest. Im Kassaverkehr waren deutsche Renten schwächer, ebenso Renten, Vergewerke und andere Industrien matt. Deutsche Fonds waren schwach, österreichische Prioritäten matt. Privatdiskont 2 Prozent.

Polales und Sächsisches.

— Ihre Königl. Majestäten sowie Karl Robert Prinz Georg mit hoher Familie wohnten gestern Vormittag den Festlichkeiten zu Aller Heiligen in der katholischen Hofkirche bei. Nach diesen ertheilte Sr. Majestät der König in seinen Gemächern einige Audienzen. Nachmittags fanden unter großer Theilnahme des Publikums die Todtenmessen in der kath. Hofkirche statt. Auch heute zu „Allerheiligen“ wird die Königl. Familie den kirchlichen Festlichkeiten beizuwohnen.

— Am Sonntagabend traf der Erbprinz von Tura und Taxis, der in Leipzig studirt, hier ein und blieb im Hotel de Saxe ab. Tags darauf ward derselbe von Sr. Majestät dem König in Audienz empfangen und später zur Hofkapelle in Strehlen geladen. Am Montag begab sich der jugendliche Prinz nach Berlin zur Vorbereitung am dortigen Hofe.

— Ihre Majestät die Königin besuchte gestern Mittag in Begleitung der Hofdame Fräulein v. Carlowitz die Ausstellung künstlerisch ausgeführter Frauenarbeiten in der Kunstgewerbehalle mit einem einständigen Besuche und sprach sich über die Fortschritte der Arbeit über die ausgestellten Arbeiten aus, von welchen Ihre Majestät sehr bezaubert anfanke.

— Sr. Excellenz Kriegsminister Graf Fabricé ist vorgestern Abend von seinem in Thüringen verbrachten Urlaube hier wieder eingetroffen.

— Dem Rath bei dem Oberlandesgericht Ernst Friedrich Oemund Pleich wurde die nachgeordnete Vererbung in den Ruhestand mit der geschätzten Pension unter Verleihung seines Titels und Ranges bewilligt.

— Gestern Vormittag 11 Uhr trat im großen Verhandlungssaale des Justizgebäudes die Anwaltskammer des Königreichs Sachsen unter Vorsitz des Herrn Rechtsanwalts Justizrath Dr. Schönlank zu einer Sitzung zusammen. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Wahl von 7 Mitgliedern des Vorstandes an Stelle des verstorbenen Rechtsanwalts Justizrath Adolph Müller und der ausstehenden Rechtsanwalts Justizrath Känel und Justizrath Dr. Wolf. 1-Dresden, Justizrath Böhmig früher in Chemnitz, jetzt in Dresden, Göhl und Justizrath Dehme in Leipzig und Küner in Zwickau. Es wurden an Stelle Adolph Müller's und Dr. Böhmig's neu gewählt die Herren Rechtsanwalte Ernst Franke-Dresden und Dr. Ope-Chemnitz, sowie wiedergewählt die übrigen ausstehenden Mitglieder des Vorstandes. Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren lediglich interner und finanzieller Natur.

— Wie bekannt, beschwänkt unter Ortsstatut die Amtsdauer der Stadtverordneten auf drei Jahre, und scheidet demzufolge alljährlich ein Drittel aus dem Kollegium aus, während das Landesgesetz § 42 der Nev. Städte-Ordnung v. J. 1873, ausdrücklich nachst, den dritten Theil der Stadtverordneten erst nach zwei Jahren durch Neuwahl zu erziehen. Es bedürfte sonach nur einer der Stadtverordneten zutretenden entsprechenden Aenderung der Amtsdauer der Stadtverordneten nach den § 5 des 1887er Statut's, und die Wahlqual, resp. die einer jeden öffentlichen Wahl voraussetzende Wahlqualifikation und Aufregung würde bezüglich der Stadtverordnetenwahlen nur aller zwei Jahre an die durch die Statuten zum Reichs- und Landtage, Reichs- und Landesparlament, Gewerbe- und Handelskammer u. s. f. mehr oder weniger wählwürdige gewordene Bürgerchaft herantreten, vor Allem aber den in das Stadtverordnetenkollegium neu eingetretenen Kräften besser Zeit und Gelegenheit geben, sich nicht bloß in die lothverdienartigen und jährlich mehrernden Geschäftszweige einzuarbeiten, sondern auch in die nun einmal unentbehrlichen parlamentarischen Formen einzuleben. Sind wir recht unterrichtet, so sind Schritte wegen Einführung einer längeren Amtsdauer der Stadtverordneten schon in nächster Zeit aus der Mitte der Bürgerchaft zu erwarten, und hoffen wir günstigen Erfolgs. Liegt doch in der That kein stichhaltiger Grund vor, die Amtsdauer der Stadtverordneten auf nur drei, die bei be- und unbefesteten Stadträthe aber auf sechs Jahre festzusetzen. Auf jeden Fall würde durch eine Verlängerung der Amtsdauer der Stadtverordneten eine konstantere Behandlung der Geschäfte herbeigeführt. Mit Ende 1887 scheidet nach dem derzeitigen Wahlstatut 12 Stadtverordneten aus der Zahl der Amtsthatigen und 13 von den Unamtsthatigen aus, da einer der letzteren sich anständig gemacht hat. Verschiedene politische Vereine haben sich inzwischen mit den Neuwahlen beschäftigt, und wird voraussichtlich, trotz aller Vereinigungsbestrebungen, auch bei der nahe bevorstehenden Wahl eine nicht unbedeutliche Zahl von Stimmen sich zerstreuen. Deshalb möchten wir, zu Rath und Frommen unserer mächtig aufstrebenden Stadt, einige wohlberathene Wünsche den Wählern an's Herz legen. Das jegige Kollegium mit 72 Stadtverordneten zählt unter 11 Kaufleuten keinen einzigen Bankier oder Vertreter der hants finances. Wie sehr zu wünschen wäre eine solche Kraft dem Kollegium! Steht doch das längst begährte neue Finanzregulativ bevor, ganz abgesehen von den finanziellen Aufgaben einer modernen Stadt mit einer Viertheilmillion Einwohnern. Weiter ist die Zahl der Juristen (9), von denen wenigstens 6 dem Rechtsanwaltsstande und je 1 den übrigen Anwältsständen angehören möchten, eine zu geringe, wozu noch kommt, daß von den drei jetzt ausscheidenden zwei (Wiktorsrath Lust und Oberjustizrath Stödel) eine etwaige Wiederwahl bestimmt abgelehnt haben. Ebenso erfordern die rein technischen Vorlagen der Finanz-, wie die Einführung der elektrischen Beleuchtung, der Markthallen, des Wasserregulativs, Straßenbahnwesen u. eine Vermehrung der Richter, von welchen sich nur zwei (Betriebsingenieur Bartholomäus und Martin) im Kollegium befinden. Endlich möchten die zur Vorbereitung der Neuwahlen zusammengetretenen Vereinigungen wie die einzelnen Wähler stets im Auge behalten, daß ein fester Wechsel in der Person der Stadtverordneten, der Natur der Sache nach, dem Gemeinwohl nicht zuträglich sein kann.

— Als Wahltag für die diesjährige Stadtverordneten-Ergänzungswahl wurde Freitag, der 25. November, festgesetzt, und zu Vorberatern für die 12 Bezirks-Wahlkreise sind die Stadträthe Wittenberg, Schmidt, Kölliker, Dr. Rothke, Raiser, Schöne, Friedrich, Erdber, Schaal, Dr. Leber, Schöder und Schöder gewählt worden.

— Die Stadtverordneten beantragten §. 1. der Rath möge eine Revision der Verkaufsmodalitäten und Verkaufspreise der Coats-Produktion der Gasfabriken zur Erzielung eines erweiterten Ablasses an hiesigen Plätze in Erwägung ziehen. Es ist nun aber von der Verwaltung der Gasfabriken dem Rath ein das Eingehende dargelegt worden, daß ein noch erweitertes Ablass an hiesigen Plätze kaum denkbar sei. Die Vertheilungen der Verwaltung der Gasfabriken kann schon seit einigen Jahren darauf gerichtet, diejenigen Coatsmengen, welche nicht zur Unternehmung bei der Energieerzeugung wider Verwendung fänden, in erster Linie am

Bemke & Scheffler, Pragerstr. 47.
Magazin feiner Wäsche und Modewaren für Herren.